UECARE-Resolution - Palermo 27. September 2018

Europa der Solidarität? Ein europäisches Netzwerk der Beschäftigten in Migrationsdiensten

„Diese von FPCGIL und FSC-CCOO vorgeschlagene Resolution wurde von einer Delegation europäischer Gewerkschaften, die dem EGÖD angehören, auf der Sitzung vom 27. September 2018 in Palermo, Italien, diskutiert und geändert. Angenommen vom Exekutivausschuss am 6. November 2018

Migration ist ein globales, soziales und wirtschaftliches Phänomen. Migration existiert seit Anbeginn der Zeit und hat soziale und wirtschaftliche Vorteile gebracht. Man kann Migration nicht nur als Reaktion auf eine Notlage und als ein Sicherheitsproblem betrachten, wie es bisher geschehen ist, sondern man muss sie als ein strukturelles Phänomen sehen, das die gesamte Europäische Union und die ganze Welt betrifft und auch weiterhin betreffen wird.

Ohne ein gemeinsames, kohärentes und auf Menschenrechten basierendes Solidarsystem trägt eine nur auf Sicherheitsaspekten beruhende Migrationspolitik auf nationaler und europäischer Ebene zu mehr Angst bei und führt zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Rassismus ist Realität. In den letzten Monaten haben wir in Italien und in vielen europäischen Ländern eine Zunahme des Rassismus erlebt, eine neue Welle stillschweigend akzeptierter verbaler und körperlicher Gewalt mit Beteiligung nicht nur populistischer und rechtsextremistischer Gruppierungen, , sondern auch von Bürgerinnen und Bürgern, die als Opfer von Angst und Unsicherheit Einwanderer als den Feind identifiziert haben, den es zu verfolgen, zu beleidigen, zu verletzen und zurückzuweisen gilt..

Die Europäische Union kann nicht als ein Mosaik nationaler Grenzen verstanden werden: Die Mittelmeerländer bilden die Südgrenze der Europäischen Union und übernehmen in ihrem Auftrag Aufgaben im Rahmen von Migrationsprozessen zur Förderung der Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Dies sind wichtige Funktionen, die alle öffentlichen Bereiche abdecken: vom Gesundheitswesen über die Zentral- und Kommunalverwaltung, Seenotrettung, Bildung, Sicherheits- und Sozialdienste bis hin zu Praktiken im Zusammenhang mit Asylbewerbern und territorialen Sozialdiensten, die die Integration fördern. Es ist wichtig zu verstehen, dass die Frauen und Männer, die in Migrationsprozessen arbeiten, europäische Arbeitnehmer sind und nicht einer einzigen Nationalität angehören. Ihre grundlegende, transnationale Aufgabe besteht darin, sich im Namen ganz Europas für die Aufnahme und Integration von Migranten einzusetzen.
Bisher haben ihre nationale Isolierung, der Mangel an ausreichenden Ressourcen und Investitionen und die Notwendigkeit des permanenten Krisenmanagements zu belastenden Arbeitsbedingungen und ernsthaften Schwierigkeiten geführt. Dies hat zur Folge, dass die ausgeführten Arbeiten nicht immer den Anforderungen entsprechen.

Vielmehr werden das Kernproblem der Ressourcenverknappung in ganz Europa infolge der falschen Reaktion auf die Wirtschaftskrise insbesondere in öffentlichen Diensten, die sich mit der Aufnahme, Betreuung und Integration von Neuankömmlingen befassen, sowie das

Fehlen einer gemeinsamen europäischen Politik aus kleinlichen politischen und wahltaktischen Gründen nicht wirklich thematisiert.. Um ein inklusives Europa zu errichten, das die Migrationsströme qualitativ angemessen aufnehmen und steuern kann, indem es ein strukturiertes, konstantes und in der gesamten Union einzigartiges System schafft, , müssen gemeinsame Normen und Instrumente entwickelt werden, die es allen öffentlichen Bediensteten in der Union unabhängig von ihrer Nationalität ermöglichen, unter den gleichen Bedingungen zu arbeiten. Insbesondere ist es erforderlich, wie vom EGÖD, dem EGB und dem Europäischen Parlament gefordert zunächst alle Rechtsvorschriften zu ändern, nach denen die Dublin-Verordnung die Länder an der Südgrenze unverhältnismäßig belastet hat, und zwar auf der Grundlage eines europaweiten Relocation-Verfahrens, das die sozialen und wirtschaftlichen Kriterien der Aufnahmeländer sowie die Sprachpräferenzen und Familienbindungen von Migranten berücksichtigt.

Die Bedeutung der Rolle der öffentlichen Institutionen auf nationaler und lokaler Ebene, die Arbeitsbedingungen von Frauen und Männern in den Migrationsdiensten und die Suche nach Lösungen, die ein echtes Integrationssystem auf der Grundlage der Europäischen Charta der Grundrechte und der Rechte von internationalen Flüchtlingen und Wanderarbeitnehmern (z.B. UN-Konventionen wie die Flüchtlingskonvention von 1951 und die UN-Menschenrechtskonvention einschließlich der UN-Konvention über Wanderarbeitnehmer und der IAO-Übereinkommen) ermöglichen, sowie die nationalen Verfassungen müssen ebenfalls Schwerpunkte in der politischen Debatte werden.
Die Union muss angemessene Mittel bereitstellen, um den Haushalt für Migrationsfragen aufzustocken, damit die Würde und die Rechte der Migranten berücksichtigt werden und in die Arbeit derjenigen investiert wird,, die sich um die Migranten kümmern, und unabhängig von ihrer Organisation(Genossenschaften, NRO, öffentliche Verwaltung) eine Wertschätzung ihrer Arbeit erfahren. Auf diese Weise wird eine grundlegende Rolle bei der Integration und Verteidigung der demokratischen Werte der Europäischen Union entwickelt. Darüber hinaus sind auch die öffentlichen Sicherheitsdienste der verschiedenen an den Grenzen tätigen Staaten verpflichtet, die Gesundheit und Sicherheit in diesem schwierigen Arbeitsumfeld zu gewährleisten. Daher ist es wichtig, ausreichende technische und personelle Ressourcen und eine qualifizierte Ausbildung sicherzustellen, die der Arbeit von Frauen und Männern, die in diesem Bereich tätig sind, angemessen ist; es besteht kein Zweifel daran, dass Polizei und andere Sicherheitskräfte, deren eigene Sicherheit nicht gewährleistet ist, kaum für die Sicherheit von Dritten einstehen können..

Unserer Ansicht nach können die Kontrolle der Migrationsströme und die Rückkehr zur legalen Einwanderung Sicherheit und Rechtssicherheit gewährleisten und die illegale Einwanderung begrenzen, deren Folgen oft eine weit verbreitete Illegalität und die Ausbeutung der Arbeitskraf von Migranten sind.
Darüber hinaus kann die Schaffung humanitärer Kanäle für alle, die vor Kriegen und unmenschlichen Bedingungen (Konflikte, Armut, Verfolgung, Klimawandel) fliehen, die schreckliche Eskalation der Todesfälle auf See verhindern, die in den letzten Monaten nach Aussagen des UNHCR in unvorstellbarer Weise zugenommen haben.
Wie auf der Sitzung in Melilla am 13. und 14. Juni erklärt: „Es gehört zu den grundlegenden Werten der Union, dafür zu sorgen, dass Leben gerettet und Asylrechte geschützt werden. Dies muss ein zentrales Element der Aufnahmepolitik sein".

Als Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes glauben wir daher, dass es zur Strukturierung und Unterstützung dieser Forderungen notwendig ist, ein europäisches Netzwerk der Beschäftigten in Migrationsdiensten zu schaffen, und aus diesem Grund bitten wir unseren europäischen Dachverband, den EGÖD, diesen Antrag zu unterstützen, um alle

europäischen Arbeitnehmer, die in Migrationsprozessen arbeiten, zu vernetzen, um eine würdevolle Aufnahmevon Migrantern und eine auf Menschenrechten basierende Antwort auf das Migrationsproblem zu finden. Wir laden die anderen EGÖD-Mitgliedsgewerkschaften, die diese Arbeitnehmer vertreten, ein, sich dem Netzwerk anzuschließen und mit einer starken Stimme unsere Interessen zu vertreten, damit diese von der Europäischen Union und ihren Institutionen (Parlament, Rat und Kommission) wahrgenommen werden.
Durch diese fruchtbare Verbindung wird es möglich sein, auf der Grundlage der bei den Treffen in Melilla und Palermo erzielten Fortschritte wichtige gemeinsame Erfahrungen auszutauschen, die einen europäischen Dialog mit den Institutionen einleiten können.

Ziel ist es, durch einen sektorübergreifenden europäischen sozialen Dialog angemessene europäische soziale Mindeststandards festzulegen, die die Europäische Union veranlassen, der Öffentlichkeitsarbeit im Zusammenhang mit der Aufnahme einen hohen Stellenwert einzuräumen und die Schwierigkeiten der Arbeitnehmer zu überwinden.
Das europäische Netzwerk der Beschäftigten in den Migrationsdiensten kann auch ein Instrument sein, das die Rolle der Union auf internationaler Ebene in der Politik der öffentlichen Dienste für Migration stärkt und ihr eine Schlüsselrolle bei der Förderung des Zugangs von Migranten zu grundlegenden Dienstleistungen zuweist, wie es im Juli letzten Jahres im Rahmen des von der PSI, unserer internationalen Branchengewerkschaft, angenommenen UN-Regelwerks „Global Compact for Safe, Orderly and Regular Migration“ bekräftigt wurde.
Das Netzwerk sollte mit seiner Arbeit auch versuchen, Einfluss auf die nächsten Europawahlen im Mai 2019 zu nehmen, indem es die fortschrittlichen politischen Kräfte auffordert, das Thema humaner Umgang und Qualität der Dienstleistungen in ihre politische Agenda aufzunehmen, und auch als außergewöhnliches Gegenmittel gegen das Wiederaufleben von Faschismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Wir wissen sehr wohl, dass es in Europa eine allgemeine Krise, soziale Ungerechtigkeit und vorenthaltene Rechte nicht zuletzt im Bereich der Arbeit, gibt, und es gibt diejenigen, die die Ängste und Unsicherheiten immer größerer gesellschaftlicher Gruppen nutzen und ausnutzen und die gefährliche Spaltungen zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum verstärken.
Wir wissen, dass die Europäische Union auf soliden Werten beruht, weshalb es notwendig ist, die Bürger und Kultur in unserem Sinne zu mobilisieren und die aktive Teilnahme zu fördern.
Wir wissen genau, wohin dieser Weg führen kann, und wir dürfen nicht tatenlosr zusehen.
Wir alle müssen eindeutig Stellung beziehen: Nein zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, ja zur Sicherheit für die Bürger, ja zur Qualität der Aufnahme von Migranten durch öffentliche Dienste und die Arbeit im öffentlichen Sektor.